

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Situation im Stadt- und Ausländeramt

Das Ausländeramt ist ein Teil des Stadtamtes. Laut der Vereinbarung über die Zusammenarbeit für die 18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft beschreiben die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen, und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen, das Stadtamt als die Visitenkarte der öffentlichen Verwaltung. Längere Wartezeiten sollen ausgeschlossen und für die Aufgabenwahrnehmung ausreichend Personal vorhanden sein. Das Ausländeramt soll sich zu einer Servicestelle für Aufenthaltserteilung und Einbürgerung weiterentwickeln.

Nach wie vor gibt es kein Konzept, wie die zusätzlich angefallene Arbeit durch die Umstellung auf die elektronische Chipkarte bewältigt werden soll. Bereits im Sommer 2011 kam es im Stadtamt zu massiven Wartezeiten, Kunden wurden nach Hause geschickt und Termine waren erst sechs Wochen später zu erhalten. Für den Sommer, in dem ein erhöhter Bedarf seitens der Bevölkerung aufgrund der Ferien- und Reisezeit bestand, war es ein haltloser Zustand, bei dem Besserung gelobt wurde. Kunden sollten insbesondere nicht mehr nach Hause geschickt werden.

Eine Besserung ist dennoch nicht eingetreten. Vor dem Ausländeramt warten die Kunden ohne Termin oft vergebens und werden weiterhin nach Hause geschickt. Alle Termine für die nächste Zeit sind ausgebucht. Die Mitarbeitervertretung klagt über zu wenig Personal; es wird von einer Notlösung zur anderen gestolpert und die Leiterin der Ausländerbehörde lässt sich wegen der schlechten Personalausstattung beurlauben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hat sich die Anzahl der Mitarbeiter von 2008 bis heute im Stadtamt, aufgeteilt nach den einzelnen Jahren, nach den einzelnen Servicecentern bzw. Standorten sowie Abteilungen, getrennt nach den jeweiligen Ab- und Zugängen sowie den fest angestellten und befristeten Mitarbeitern, Zeitarbeits- und Hilfskräften, entwickelt?
2. Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit pro Kunden, aufgeteilt nach den einzelnen Standorten und dem Anliegen der Kunden?
3. Wie viele Kunden wurden im Jahr 2011, aufgeteilt nach den einzelnen Standorten und dem Anliegen der Kunden, nach Hause geschickt?
4. Welche konkreten Maßnahmen hat der Senat seit dem Sommer 2011 umgesetzt, um die Wartezeiten zu verkürzen, keine Kunden mehr nach Hause zu schicken, und welchen Erfolg haben diese Maßnahmen erzielt?
5. Welche konkreten Maßnahmen will der Senat ergreifen, um die Umstellung auf die elektronische Chipkarte für den Bereich des Ausländeramtes, die zu mehr Kundschaft, mehr Beratungsbedarf und mehr Prüfungen führt, aufzufangen?
6. Wie lange dauert die durchschnittliche Bearbeitungszeit pro Kunde, wenn die elektronische Chipkarte ausgegeben wird, aufgeteilt nach dem jeweiligen Anliegen der Kunden?

7. Wie bewertet der Senat die Situation um die langen Wartezeiten und das Wegschicken von Kunden im Sommer 2011? Wie bewertet der Senat, dass dies immer noch geschieht im Hinblick auf den im Koalitionsvertrag verankertem Passus, dass das Stadtamt die Visitenkarte der öffentlichen Verwaltung ist?
8. Wann ist mit einem eigenen Datenschutzbeauftragten, der originär nur für das Stadtamt zuständig ist, zu rechnen?

Wilhelm Hinnners, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU